

Voller Tapezierer u. Portefeuller Zeitung

Organ des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeuller Verbandes

Erscheint alle acht Tage
Abonnements bei allen Postämtern.

Verlag und Redaktion: Berlin S.O. 16, Brüdenstraße 10 b III
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 2120

Dankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin, Wallstraße 6.
Postfachkonto der Bank: Berlin 339.

Zur Lage in der deutschen Lederwarenindustrie.

I.

P. B. Seit geraumer Zeit beschäftigt sich die Fachpresse der deutschen Lederwarenindustrie sowie auch die Innungs- und Gewerkschaftspresse mit der derzeitigen Lage dieser Industrie. Sehen wir von den Innungs- und den ihr nahestehenden Organen ab, so haben wir in Deutschland zurzeit nur noch eine Interessenzeitung für die Unternehmer in der Lederwarenfabrikation und das ist die „Deutsche Lederwaren-Industrie“, Organ des gleichnamigen Verbandes, Sitz Offenbach. Der Bund deutscher Lederwaren-Fabrikanten, Sitz Berlin, hat seine in warenfabrikanten herausgegebene „W.Z.“ eingestellt.

Es ist nicht unsere Sache, über den Stand der Fabrikantenorganisationen ein Urteil abzugeben, aber wenn man manches verstehen will, was sich im Rahmen der Gesamtindustrie abspielt, dann darf man nicht übersehen, daß die vollständige Zerissenheit der deutschen Fabrikantenverbände einen wesentlichen Teil an den augenblicklichen Dingen mitzuschuldig ist und eine Berechtigung, anderen Kreisen die Dinge in die Schuhe zu schieben, nicht vorliegt. Der Bund deutscher Lederfabrikanten (Berlin), einmals die Vertretung der Landesverbände von Berlin, der Provinzen Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen, Schlesien, Sachsen, Freistaat Sachsen und der Hauptstadt München, ist heute von den meisten Bandmannschaften verlassen. Der Offenbacher Verband hält ohne Zweifel besser zusammen, aber in

mannschaften eine sehr starke Ellenbogenfreiheit, und zwar in Dingen der Konkurrenz der Betriebe gegeneinander und zum Schaden der Gesamtindustrie. Daß in der Vertretung von wichtigen Zollfragen, in der Rohstoffbeschaffung, Messfragen usw. manches verdingt wird, das nur so nebenbei und werden wir noch darauf zurückkommen.

Die Artikel: „Zur Lage“, die ständig als Kopie erscheinen, verfolgen natürlich den Zweck die Wirtschaft über die wirtschaftlichen Zustände in der Industrie zu unterrichten. Jedoch ist dies nicht der alleinige Zweck. Es ist schon zu einer stehenden Lebensart geworden, daß die Lohnempfänger anfangen müssen vernünftig zu werden, d. h. sie sollen keine Lohnforderungen mehr stellen, länger arbeiten. Wenn nun Nummer um Nummer der Lagerartikel diese Mahnung enthält, so wird wahrscheinlich eine Suggestivwirkung erwartet, und zwar an uns und unseren Funktionären in der Lederwarenindustrie. Das Gegenteil von dem muß aber eintreten. Einmal weiß man, daß die Spitzenverbände der Arbeitgeber schon seit Jahren sich bemühen, die Löhne aus der Nachkriegszeit allein dem Arbeiter aufzubürden. Die Arbeitgeberverbände der Arbeitgeber machen sich nicht die Mühe, an Hand der Wirtschaftlichkeit des eigenen Gewerbes eine Nachprüfung der übermittelten Leistungen der Spitzenverbände vorzunehmen, sondern sie gefallen sich in der einfachen ablehnenden Formel alles dessen, was die Existenz der Arbeiter berührt. Diese allgemeinen Tendenzen in der Niedrighaltung der Lebenslage der Arbeiterschaft und damit des wesentlichen Teiles der deutschen Bevölkerung, in Verbindung mit dem Kurs der Regierung haben eine bengalische Beleuchtung erhalten durch die bekannte Ättennotiz Dr. Meißingers und die darauf folgende Rechtfertigung des Reichsarbeitsministers Dr. A. S. Dieser Gesichtswinkel liegt seit langem in der Richtung der Lederwarenfabrikanten und deren Interessensvertretungen. Jede Sitzung der Bezirkskommissionen legt ein bereites Zeugnis von der automatisch angenommenen Einstellung ab, die hier zu weiter unten.

Dieses Ringen um die Existenz, bzw. der Kampf zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen wird auch im Ausland beachtet. Dieses um so mehr, als die ausländische Industrie in der Auffassung liegt, daß die heutige Konkurrenz der deutschen Betriebe lediglich auf die zu niedrig gehaltenen Löhne

der deutschen Arbeiter zurückzuführen ist. Namentlich ist man in England dieser Meinung, und werden von dort aus Untersuchungen über die einzelnen deutschen Industrien angestellt. Die englische Spitzenorganisation der Arbeitnehmer und gleichzeitig das Internationale Arbeitsamt in Genf stellen an unsere Zentrale das Erläuterung und Auskunft über die Offenbacher Lohnverhältnisse. Da aber mit dieser Anfrage gleichzeitig Auskünfte verlangt wurden, die nach unserer Meinung außerhalb der Arbeitnehmerinteressen liegen, haben wir gebeten, uns zunächst mit den uns bis jetzt noch unbekanntem Gewerkschaften der Sattler- und Lederwarenarbeiter in England in Verbindung zu bringen. Diese Betätigung der englischen Industrie ist auch unseren Fabrikanten in Deutschland nicht unbekannt geblieben, und so erklären wir uns, daß in der „Deutschen Lederwaren-Industrie“ ein Artikel über die Offenbacher Lederwarenindustrie erschien, und zwar in deutscher und englischer Sprache. Soweit die Arbeitsverhältnisse darin berührt werden, lassen wir den Artikel folgen. Es heißt da:

Die deutsche soziale Gesetzgebung der Nachkriegszeit (Vorschriften über Einstellung und Entlassung von Arbeitern, Betriebsrätegesetz, Achtstundentag usw.) führte zu einem riesigen Anwachsen der allgemeinen Löhne, die um so drückender wurden, je mehr der Geschäftsumfang nachließ. Die „soziale Zwangswirtschaft“ brachte außerdem tarifliche Abmachungen mit Arbeiter- und Angestelltenverbänden, die weit über das in der Vorkriegszeit übliche Maß hinausgingen. Während früher in der Offenbacher Lederwarenindustrie durchschnittlich 53-54 Stunden die Woche gearbeitet wurden, gilt heute in allen Betrieben die 48-Stundenwoche bzw. der Achtstundentag, der nur in dringenden Fällen im Benehmen Zuschläge überschritten werden darf. Die Löhne werden auf der Basis tariflicher Mindestlöhne berechnet und sind selbst unter Berücksichtigung des Teuerungszulages heute wesentlich höher als vor dem Kriege. Die gleichen Lohngrundsätze gelten auch für die Heimarbeiter. Die in übrigen gegenüber der Vorkriegszeit sehr gewissert ist. Die Ausübung der Heimarbeit ist ein erwiesenes Lebensalter gebunden und in der Heimarbeiterindustrie dürfen Heimarbeiter überhaupt nicht beschäftigt werden. Den Werkstattdarstellern und Arbeiterinnen werden außerdem auch die hauptsächlichsten auf Wochentage fallenden Feiertage sowie Ferien bis zu 6 Tagen im Jahr bezahlt. Die Einhaltung der tariflichen Abmachungen wird durch partielle Schlichtungen überwacht; es kann aber gesagt werden, daß die Vorschriften überall beachtet werden, und daß im allgemeinen ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern besteht.

Wir haben keine Ursache, unsere Erfolge in den letzten Jahren irgendwie zu verteilern, jedoch wird in der Beurteilung der Gesamtsituation der Industrie durch die „Zwangswirtschaft“ der Tarifverträge stark über das Ziel geschossen. Im allgemeinen ist der Arbeitgeberorganisation unser Standpunkt bekannt, weil wir zu oft Gelegenheit hatten, diesen schriftlich und noch mehr mündlich zu begründen, wir können uns also weitere Nachweise ersparen. Wir erinnern aber daran, daß unser Verband schon mehr als 20 Jahre in vertraglichem Tarifverhältnis mit der Offenbacher Industrie und mit vielen anderen Städten steht. Also kein Kriegsprodukt. Die Feiertagsbezahlung und Feriengewährung war schon vor dem Kriege vielfach eingeführt, so daß wir 1919 davon wirklich nicht zu kämpfen brauchten. Und haben wir für die Regelung und Einschränkung der Heimarbeit nicht schon beachtliche Bestimmungen vor dem Kriege gehabt? Dasselbe gilt für die Frage der Heberstundenleistung und Bezahlung. Jedenfalls ist die soziale Belastung durch unsere tariflichen Abmachungen nicht derartig, daß die Industrie dadurch im Wettkampf um den Auslandsmarkt unterliegen muß. Es liegt aber auch eine gewisse Desavouierung in diesen Klagen durch den Schlußsatz, daß ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber bestehe. Wir glauben auch gern, daß dieser Tarifvertrag im allgemeinen innegehalten wird, und zwar von den organisierten Firmen. Der Kreis außerhalb des Arbeitgeberverbandes ist aber sehr beachtlich und eine Quelle ständiger Differenz, von denen die Gewerbegerichte ein Lied singen können.

Es liegt nun die Frage nahe: Warum wurde dieser Artikel gleichzeitig in englischer Sprache veröffentlicht? Die deutsche Lederwarenindustrie hat seit jeher mit England in engen Beziehungen gestanden. Unsere Ware, namentlich unsere Offenbacher Erzeugnisse, wurden in England stark gekauft, und die Londoner City war auch der Mittelpunkt für den Westhandel mit deutscher Lederware. Vor Kriegsausbruch betrug der Anteil Deutschlands an der englischen Einfuhr von Lederwaren 81 Proz., 1924 nur 42 Proz. Wir haben schon bereits oben darauf verwiesen, daß die englische Konkurrenz ein Interesse daran hat, die Offenbacher Ware nach Möglichkeit vom Markt fernzuhalten. Aus diesen Gründen heraus will die deutsche Industrie der in England zweifellos vorhandenen Bewegung „Buy British Goods“ (Kauf britische Waren) entgegenwirken. Nach dem Korrespondenten der „Deutschen Lederwaren-Industrie“, F. r e e r t - L o n d o n, soll die Feindschaft gegen deutsche Waren so weit gehen, daß man sie mit höheren Preisen auszeichnet, um den Käufer auf die englische Ware hinzulenken. Wir können die Richtigkeit dieser Meldungen nicht nachprüfen, glauben aber gern, daß solche Möglichkeiten bestehen. Hierzulande hat man ähnliche Mittel auch schon versucht, wenn auch nicht in unserer Industrie. Wir werden uns aber damit abfinden müssen, nicht mehr in dem früheren Maße exportieren zu können wie vor dem Kriege. Namentlich wird England in Zukunft weniger von uns abhängig sein als früher. Einmal ist die eigene Produktion des Landes sehr gestiegen. Der englischen Lederware hat früher immer etwas sehr Feines und wenig Elegantes angehangen. Heute strebt man in der Auswahl des Materials, der Form und Verarbeitung, dem ausländischen Muster nach. Hinzu kommt, daß zurzeit die Pariser Ware den Vorzug hat infolge der niedrigen Bakuta des Franken. Auch Paris macht große Anstrengungen, den ausländischen Markt für dauernd zu erobern. Wir hatten längst Gelegenheit, die Auslagen der Pariser Lederwarengeschäfte etwas näher anzusehen. Das einzelne Stück hat hier und da etwas Gefälliges und Geschmackvolles aufzuweisen, aber in der Gesamtheit kann die deutsche Lederware nicht ausgedrückt werden. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß, sobald sich die Verhältnisse ändern, die deutsche Ware, kraft ihrer Gebiegenheit in Verbindung mit gutem Geschmack in der Form und Ausstattung, auch einen Teil des englischen Marktes wieder erobern wird.

Ein sozialer Fortschritt.

Die öffentliche Wohlfahrtspflege vor dem Kriege hatte überwiegend armenrechtlichen Charakter. Was darüber hinausging, war meist sogenannte Liebestätigkeit, die aber bei weitem nicht ausreichte, um den bestehenden Anforderungen zu genügen. Es fehlte nicht an Anregungen und Forderungen, diesen Zustand zu ändern, die öffentliche Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen und Kostelbenden auf eine andere Grundlage zu stellen. Sie blieben aber unberücksichtigt, weil sie immer in solchen Fällen, wo es sich um die sozial Niedrigstehenden handelte, die zu einer Ausgestaltung der sozialen Fürsorge erforderlichen Mittel fehlten. Erst der Krieg brachte hierin eine Aenderung. Das soziale Empfinden weiter Bevölkerungstriebe sträubte sich dagegen, die Opfer des Krieges, die durch ihn Verarmten, wie auch die durch den Währungs zusammenbruch in ihren Ansprüchen geschädigten Sozialrentner der rückständigen und unzulänglichen Armenfürsorge zu unterstellen. Es machte für sie mehr und Besseres gefordert werden. Diesem Empfinden entsprang die gegenwärtige öffentliche Wohlfahrtspflege, die eine wertvolle Ergänzung der versicherungsrechtlichen Wohlfahrts- und Gesundheitspflege zu bilden geeignet ist.

Diese Entwicklung ist als Fortschritt zu begrüßen, kann aber noch nicht als abgeschlossen gelten. Beide, die öffentliche Wohlfahrtspflege wie die deutsche Sozialversicherung leiden im gleichen Maße unter dem Mangel einer einheitlichen Zusammenfassung, was ihre Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigen muß.

Das fällt um so schwerer ins Gewicht, als die wirtschaftliche Lage in Deutschland für die Zwecke der sozialen Fürsorge nur beschränkte Mittel zur Verfügung stellt. Trotzdem sind diese Mittel nicht unbedeutend. Allein für die Sozialversicherung belaufen sich die Ausgaben des deutschen Volkes auf nicht weniger als einundneunzig Milliarden Reichsmark jährlich. Auch der für die öffentliche Wohlfahrtsfürsorge entstehende Aufwand geht hoch in die Milliarden. Das sind Mittel, die in gemeinsamer planmäßiger Zusammenarbeit sehr viel erreichen lassen, wenngleich das für diese Zusammenarbeit in Frage kommende Gebiet außerordentlich groß ist. In Betracht kommen hierfür: Allgemeine bevölkerungspolitische Maßnahmen, Mutter-, Säuglings- und Kinderchutz, Krankheits- und Unfallverhütung, Krankheitsheilung, Bekämpfung der Volkskrankheiten, Trunksucht, des Krebses, der Zahnkrankheiten, Wohnungsfürsorge, Arbeitsbefähigung, Wiederzuführung Beschädigter ins praktische Erwerbsleben usw.

Die Aufgabe der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge wie der Sozialversicherung kann und darf sich nicht darauf beschränken, den wirtschaftlichen Schäden, den Krankheit, Invalidität, Unfall und Tod herbeizuführen, wieder auszugleichen oder eingetretene Schädigungen der Gesundheit zu beheben, um die Arbeitsfähigkeit wieder herzustellen. Vielmehr muß sie darauf gerichtet sein, den Eintritt von Schäden zu vermeiden, vorzubeugen zu wirken. Anzuerkennen ist, daß diese Auffassung allgemein praktisch zur Anwendung gelangt. Nur fehlt es bis jetzt an einem gemeinsamen Vorgehen in dieser Richtung. Die vorhandenen Organe der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge und Sozialversicherung bilden teils örtlich, teils bezüglich selbständiger Träger der in Frage kommenden Bestrebungen, die zwar alle im wesentlichen das gleiche Ziel verfolgen, aber doch jeder für sich neben- und gegeneinander nach eigenen Richtlinien arbeiten. Wie unrationell und verschwenderisch ein solches Durcheinander wirken muß, ergibt die Tatsache, daß vielfach ein und dieselbe Person bei einer ganzen Anzahl verschiedener Stellen tätig war. In anderen Orten liegen die Verhältnisse nicht besser, ohne daß die so von verschiedenen Seiten gewährte Fürsorge als ausreichend bezeichnet werden kann. Sie wird schon durch die vorhandene Zersplitterung unzulänglich.

Anfänge, diesem Mißstand zu begegnen, sind schon längere Zeit vorhanden. In der Kriegs- und Nachkriegszeit schloß sich eine Anzahl Träger der Sozialversicherung in der Rheinprovinz, Groß-Berlin, Hessen-Nassau, Baden, Brandenburg, Sachsen, Westfalen, Schlesien, Hannover und Württemberg zu Arbeitsgemeinschaften zusammen, die durch ihr Zusammengehen gute Erfolge zu verzeichnen hatten. Doch konnte dieser Zusammenschluß nur als Nothbehelf betrachtet werden, weil er sich nicht zugleich auf die öffentliche Wohlfahrtsfürsorge sowie die privaten Fürsorgestellen erstreckte. Sollte eine durchgreifende Verbesserung der sozialen Wohlfahrts- und Gesundheitsfürsorge erreicht werden, so war ein Zusammenwirken aller ihrer Träger notwendig. Die bis dahin bestehenden Voraussetzungen wurden für die Organe der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge bereits durch die Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 geschaffen. Hiernach sollen die öffentlichen Fürsorgestellen für ihren Bereich Mittelpunkt der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge und zugleich Bindeglied zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtsfürsorge sein. Beide sollen sich zweckmäßig ergänzen und in Formen zusammenarbeiten, die jedem Teile seine Selbständigkeit wahren. Wechnliche Bedingungen für die Zusammenstellung hat das Gesetz über den Ausbau der Invaliden- und Unfallversicherung vom 28. Juli 1925 für die Träger der Sozialversicherung herbeigeführt. Dem gemeinsamen Zusammenwirken aller bei der sozialen Wohlfahrts- und Gesundheitsfürsorge tätigen Stellen stehen also Hindernisse nicht mehr im Wege.

Diese Aenderung kann für die Entwicklung der sozialen Wohlfahrts- und Gesundheitsfürsorge von weitgehender Bedeutung sein, wenn die geplante Zusammenarbeit in sozialen Kreise, frei von aller Engherzigkeit und burokratischer Beharrierung erfolgt. Was hier angebahnt wird, bewegt sich überdies in der Richtung des schon seit langem von den Arbeitern Angestrebten, ist eine wenn auch nur teilweise Verwirklichung der von ihnen geforderten Vereinheitlichung der Sozialversicherung und darüber hinaus der gesamten sozialen Fürsorge. Damit wird anerkannt, was bis jetzt immer bestritten wurde, daß die Vereinheitlichung der Sozialversicherung und mit ihr der gesamten sozialen Fürsorge möglich ist, wenn dazu nur ein ernstlicher Wille besteht. Zunächst ist die Grundlage für die gemeinsame Arbeit der Träger der sozialen Wohlfahrts- und Gesundheitsfürsorge noch eine wenig stabile. Sie beruht auf Richtlinien, die zu diesem Zwecke von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstags erlassen werden sollen. Das kann jedoch nicht abhalten, sie zu benutzen und den Einfluß der Arbeiter in den für die soziale Wohlfahrts- und

Gesundheitsfürsorge maßgebenden Körperschaften dahin anzuwenden, daß eine für die gesamte Volkswohlfahrt nützliche und fruchtbringende Arbeit geleistet wird. Je stärker dieser Einfluß sich geltend macht, um so besser werden die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit sein, um so stärker aber wird sich auch die Notwendigkeit einer strafferen Zusammenfassung der verschiedenen Versicherungsträger und einer schließlichen Vereinheitlichung der gesamten sozialen Fürsorge herausstellen.

Die Löhne in Amerika und Deutschland.

In Ergänzung des Artikels über die Löhne in der Lederindustrie im Nr. 43 dieser Zeitung dürfte eine andere Schilderung interessieren, die in der christlichen Holzarbeiterzeitung von einem Herrn Kleinschmidt aus Detroit gegeben wird. Er enthüllt dort das Geheimnis der hohen Löhne in Amerika. Im allgemeinen würde es immer so hingestellt, als ob die Ursache dafür in einem Ueberfluß an Natur-schätzen — Kohlen, Erze, Petroleum, Fruchtbarkeit des Landes usw. — zu suchen sei. Dabei würde übersehen, daß in den Staaten von Amerika Rohstoffe und Nahrungsmittel einschließlich Transportkosten und Handlungsgewinne nicht billiger, sondern oft teurer als in Deutschland zu haben kommen.

Generaldirektor Koettgen habe Amerika bereift und als Ergebnis seiner Beobachtungen behauptet, der amerikanische Industriearbeiter verdiene an der Kaufkraft des Lohnes gemessen nur 70 Proz. mehr als der deutsche Arbeiter, während er, Kleinschmidt, dieses Mehr mit gutem Grund auf etwa 100 bis 150 Proz. schätze.

Auch Koettgen habe behauptet, daß die 70 Proz. Mehreinkommen des amerikanischen Arbeiters zur Hälfte auf die natürlichen Reichtümer des Landes zurückzuführen seien. Diese Auffassung Koettgens sei indes falsch, denn was an den amerikanischen Bodenschätzen durch größere Ergiebigkeit verdient werden könne, sei im Verhältnis zum gesamten Volkseinkommen herzlich wenig. Im Jahre 1923/24 wurde das gesamte amerikanische Volkseinkommen auf etwa 75 Milliarden Dollar geschätzt. Das Einkommen der landwirtschaftlichen Bevölkerung betrug aber nur knapp 6 Milliarden. Und das aller im Bergbau Beschäftigten betrug nur 2 Milliarden Dollar. Obwohl in Landwirtschaft und Bergbau 29 Proz. der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigt sind, entfiel auf diese große Bevölkerungszahl nur ein Anteil von 12 Proz. des gesamten Volkseinkommens.

Der wirkliche Grund für die hohen amerikanischen Löhne sei in den Bedingungen zu finden, unter welchen die Industrie produziert und verkauft. So sei die amerikanische Schuhindustrie nicht durch Zölle geschützt und dürfe die Weltmarktpreise nicht nennenswert überschreiten, sonst würde sie von der Konkurrenz erdrückt werden. Sie muß also Rohstoffe — Leder usw. — ebenso teuer wenn nicht teurer als die deutschen Schuhfabriken einkaufen, ist also keineswegs durch natürliche Vorteile begünstigt. Trotzdem verzahlt sie nicht nur den amerikanischen Markt mit Schuhwaren, sondern exportiert auch ihre Erzeugnisse in großem Umfange. Kein deutsches Schuhgeschäft sei in der Lage, ganzlederne Arbeitsschuhe für 1,69 Dollar = 6,70 Mk. im Einzelverkauf zu liefern, wie es die großen amerikanischen Häuser tun. Trotzdem zahlt die amerikanische Industrie drei- bis vierfach so hohe Löhne wie die deutsche. Es werden dann folgende Angaben über Löhne und Arbeitszeit gemacht: Haverhill 48 Stunden, 3,40 Mk. Stundenlohn; Lynn 45 Stunden und 2,74 Mk. Lohn; Braintree 48 Stunden, 2,90 Mk. Lohn; Boston 48 Stunden 2,23 Mk. Lohn; Walthamsetts 47,9 Stunden, 2,36 Mk. Lohn; New Park Stadt 45,7 Stunden, 3,18 Mk. Lohn. Staat New York ohne Stadt 48,7 Stunden, 2,12 Markt Stundenlohn.

Die Ursache oder das Geheimnis, warum die Amerikaner soviel höhere Löhne zahlen können als die deutschen Industriellen, ist ausschließlich in der größeren Produktivität der Arbeiter zu finden. Diese Leistungsfähigkeit ist aber keineswegs das Ergebnis einer längeren und intensiveren Arbeit (das beweisen ja schon die Arbeitszeiten von 45 bis höchstens 48 Stunden die Woche), sondern das hohe technische Niveau der Fabrikationsmethoden.

Amerika hat somit in bezug auf technische Vollkommenheit ein außergewöhnliches Maß der Leistungsfähigkeit erreicht, das es kaum möglich erscheint, derselben in Deutschland nachzukommen und künftig Schritt zu halten. Man kann sich da auch leicht hinelindenken. Ein Land, wo man ständig bemüht ist, so rationell wie nur möglich zu arbeiten und zu produzieren, um wiederum möglichst billig verkaufen zu können, das kennt keinen Stillstand. Dort staut man ständig auf weitere technische Verbesserungen. Dieser Ansporn wird ganz allgemein in dem Umstand erblickt, daß die amerikanische Industrie von allem Anfang an gezwungen war, hohe Löhne zu zahlen, weil sonst die Arbeiter in der Landwirtschaft

stecken geblieben wären. Mit Verlaß, das ist aber in Deutschland auch bis zu einem gewissen Grade der Fall gewesen. Wie viele tausend Arbeiter wandern ständig ab zur Industrie, weil die Landwirtschaft zu schlechte Löhne bezahlt. Dafür werden dann Wanderarbeiter aus kulturell rückständigen Gegenden herbeigeholt, die diese niedrigen Löhne noch für besonders hoch halten und sich dabei wohl fühlen. Dieses sehen wir nicht bloß in Amerika, sondern auch in anderen Ländern und besonders auch in Deutschland sich abspielen.

Es will uns doch bedünken, als ob die technische Vervollkommnung und die rationelle Produktionsweise die richtigen Ursachen des Geheimnisses sind, warum die Amerikaner höhere Löhne zahlen können und zahlen. Vielleicht spielen auch noch andere Umstände dabei mit. Man denke nur an die Profitrate, an die Menge der in Betracht kommenden Warenmengen. In Deutschland wollen auch viel zu viel Fabrikanten, Aktionäre, Aufsichtsräte, Fabrikdirektoren und sonstige unproduktive Miteßer, vom dem Ertrag des Industriebetriebes ein gutes Leben führen. Gerade dieser letztere Umstand scheint die Betriebe vollständig zu belasten, wie erst kürzlich auch an dieser Stelle nachgewiesen wurde. Unter diesen Umständen besteht nur geringe Hoffnung, daß die deutsche Industrie bei amerikanischen in absehbarer Zeit nachkommen wird.

Das einzige wirkliche Mittel, um Abhilfe zu schaffen, dürfte unter diesen Umständen doch wohl darin gefunden werden können, daß die Arbeiterertrötre mehr als bisher Einfluß auf die Betriebs- und Wirtschaftsführung erlangen und aller unnütze Ballast, der unsere Industrie heute beschwert, entfernt wird.

Die Kritiker der Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses haben gerade diesen Punkt bitter verpöndelt und verhöhnt. Freilich, um dieses Ziel zu erreichen, muß positive energische Arbeit verrichtet werden. Da hilft die schönste rhetorische und temperamentvollste Rede nicht weiter. Da muß durchorganisiert werden und die Mitglieder müssen den nackten Tatsachen ins Auge sehen lernen, statt sich von schmeicheleischen, hochtönenden Reden sattmachen zu lassen, um dann doch, wie immer, nach Hause zu gehen und die Hände rühen zu lassen.

Welche Kräfte am Werke sind und immer wieder die Dinge so hinstellen, als ob zwischen den Lebensverhältnissen der amerikanischen und deutschen Arbeiter wesentliche Unterschiede überhaupt nicht beständen, das beweisen klipp und klar auch die Ausführungen eines Dr. Ritter-Berlin in Nr. 40 der „Deutschen Wirtschaftszeitung“. Er wendet sich dort gegen die deutschen Gewerkschaften, die behaupten hätten, die Arbeiter bekämen heute weniger an Reallohn als vor dem Kriege und erhielten geringere Löhne als die Arbeiter in anderen Ländern.

Er hat eine Tabelle aufgestellt, in welcher der Lebenshaltungsindex von 1913 mit 100, ebenso der Reallohn mit 100 für gelernte und ungelernete, der Nominallohn jedoch für gelernte Arbeiter mit 65, für ungelernete mit 41 eingezeichnet ist. Daran sucht er nun zu beweisen, daß bis Juni 1925 die Löhne ständig höher gestiegen sind und im Juli 1925 habe der Reallohn für gelernte Arbeiter 93,5, für ungelernete 106,8 betragen, während der Nominallohn 88 bzw. 62,2 betrug. Die Lebenshaltungsindexbezüge betrug 143,3.

Es ist fast ungläublich, welche Schlußfolgerungen dieser Herr Ritter aus dieser Entwicklung zu ziehen versteht. Während er zugeben muß, daß der reale Wochenlohn bei den gelernten Arbeitern gegenüber der Vorkriegszeit im Durchschnitt um 11,13 Proz. bei den ungelerten um 5,8 Proz. zurückging, bemerkt er sich darauf, daß democh die Stundenlöhne nur um 4,7 Proz. bei den gelernten Arbeitern niedriger wären, bei den ungelerten wären sie sogar um 8 Proz. höher. Er will damit sagen: die Leute sollen nur länger arbeiten, dann steigt der Wochenverdienst. Daß bereits genug Ueberstundenarbeit geleistet werden muß, obwohl viele tausend Arbeiter vergeblich nach Arbeit verlangen, stört die Wissenschaftler weiter nicht. Genau so einseitig ist der Hinweis, daß ja die Ueberstundenarbeit neuerdings mit einem besonderen Zuschlag bezahlt werden müsse und daß dadurch das Einkommen des Arbeiters sich beträchtlich erhöht habe. Man sieht ordentlich, wie der Ueberstundenarbeiter die dabei wird, nicht wahr, Herr Doktor? Am Ende wird dann noch versucht, das deutsche Volkseinkommen als Beweismittel heranzuziehen, daß es dem deutschen Arbeiter besser gehe als anderen Berufsständen. Insgesamt ist das deutsche Volkseinkommen um ungefähr 25 bis 40 Proz. zurückgegangen im Vergleich mit dem im Jahre 1913. Auch hierzu muß man verschiedene Fragezeichen machen. Wenn man beobachtet hat, welche großen Summen in jüngster Zeit von Geschäftsangelegten verantrout und unterschlagen werden konnten, ohne daß dies groß bemerkt wurde, bis ein Zufall oder eine Ungeschicklichkeit die Entdeckung brachte, dann muß man doch sagen, daß der so oft bejammerten Geldknappheit vielmehr ein großer Ueberfluß bestanden haben muß. Wenn man dann noch weiter daran denkt, wer alles von solchen Ge-

schäften sein Leben fristet: Direktoren und Angestellte, Aufsichtsräte, Aktionäre mit ihren Familien und sonstigen Freunden und Freundinnen und man weiß, wie den Arbeitern jeder Pfennig Lohnzulage verweigert worden ist, so daß sie erst in wochenlangen, entbehrungsreichen Lohnkämpfen darum ringen mußten, dann steigt einem der Ekel in die Kehle, wenn man sieht, wie auch die Wissenschaftler sich einseitig im Interesse der Unternehmer bemühen, um den Anschein zu erwecken, als ob es den Arbeitern eigentlich viel besser gehe als den übrigen Ständen.

Hier sieht man nur, wie sich bewahrheitet, was schon Karl Marx vorausgesagt hat, daß eben das Kapital nicht nur den Arbeiter, sondern auch den Wissenschaftler, den Künstler usw. zwingt, sich ihm dienstbar zu erweisen.

Immer wieder heißt es, der deutsche Reallohn bleibt zweifellos zurück gegenüber den ausländischen Löhnen entsprechend dem allgemeinen Rückgang des deutschen Nationaleinkommens und entsprechend der stärkeren Belastung der deutschen Wirtschaft mit Steuern, Beiträgen zur Sozialversicherung, hohen Frachtsätzen usw. Damit kann wie gesagt der gewaltige Unterschied, der zwischen deutschen und amerikanischen Löhnen besteht und den auch der genannte Dr. Ritter nicht ignorieren kann, nicht erklärt werden.

In der deutschen Wirtschaft scheint denn doch eine ganze Anzahl anderer Faktoren belastend zu wirken, welche die Wissenschaftler gar nicht sehen mögen, weil sie sich damit nicht angenehm machen würden bei den Herren der Betriebe. Was würden die Generaldirektoren, Direktoren, Geschäftsführer und die sonstigen hohen Persönlichkeiten, die Aufsichtsräte, die Aktionäre, kurz, der ganze Apparat, der heutzutage vom Betrieb sich ernähren läßt, wohl dazu sagen, wenn diese Wissenschaftler einmal die Frage nach dieser Seite hin wahrheits- und sachkundig belenchteten würden. Man würde den fähigen Kritiker sofort in Acht und Bann erklären und gesellschaftlich unmöglich machen.

Wiel nützlich und förderlicher ist es zweifellos für diese Herren, die Sache so zu behandeln, wie sie eben allgemein in der unternehmerfreundlichen Presse dargestellt wird.

Der Arbeitslohn ist es nach dieser Darstellung, der die Warenpreise verteuert, der ist auch schuld daran, daß unsere Handelsbilanz passiv ist, daß die Einfuhrziffern die Ausfuhrziffern übersteigen. Wir kennen die Weise und den Text, wie man sie auch die Verfasser und wissen, daß sie ihr Handwerk nach wie vor so weiter treiben werden. Aber wir werden auch nicht verstehen, ihnen dies gehörig unter die Nase zu reiben, sobald es sich umwenden mag.

Locarno.

In dem schönen italienisch-schweizerischen Städtchen am Lago Maggiore ist in den letzten Wochen ein Pakt verhandelt und anscheinend auch zum Abschluß gebracht worden, der bestimmt sein soll, der Kulturmissionen für absehbare Zeit einen friedlichen Zustand zu sichern. Rußland ist an diesem Pakt nicht beteiligt und deshalb wird von kommunistischer Seite einfach gesagt, dieser Bitterbundspakt richte seine Spitze nur gegen Rußland. Wenn man die von den russischen Staatsleitern wiederholt ausgesprochenen Absichten bezüglich der Ausbreitung des russischen Bolschewismus über den Erdball in diesem Zusammenhang betrachtet, so ist dies auch sehr wahrscheinlich.

Es ist zurzeit gar nicht möglich, ein einigermaßen klares Bild über Rußland und die Lage seiner Bewohner zu gewinnen, und noch viel weniger darüber, wie sich die in der nächsten Zukunft gestalten mag. Noch läßt sich auch nicht übersehen, wie die Vereinbarungen von Locarno die Weltpolitik beeinflussen werden. Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß diese Beschlüsse ganz wesentlich mitbestimmend sein werden, wie sich in der nächstfolgenden Zeit die weltwirtschaftlichen Zustände gestalten. Auch kann die Tatsache, daß in Locarno die Vertreter der europäischen Länder auf einer Konferenz in aller Öffentlichkeit Fragen behandelt haben, die sonst nur im engsten Kreise und mit größter Heimlichkeit betrieben wurden, schon an sich als ein recht großer Fortschritt betrachtet werden. Wenn man den Rechts- und Linksradikalen allerdings glauben will, dann sind die Deutschen in Locarno nur aufs neue getriebelt worden.

Wir müssen uns immer vor Augen halten, daß in dieser Zeit alle politischen Fragen, die aufgeworfen werden, wirtschaftliche Untergründe haben. Die weltwirtschaftlichen Interessen der einzelnen Völker haben so zwingende Kraft, daß es eben im Interesse aller geboten erscheint, sie möglichst miteinander ins Gleichgewicht zu bringen. Wir alle wissen, daß weder in Frankreich, Belgien, England, Italien oder einem anderen Lande solche wirtschaftliche Zustände herrschen. Ja es hat sogar den Anschein, als ob es bezüglich der Arme der Arbeitslosen dort viel schlechter aussieht als in Deutschland.

Man hat uns Deutschen schon oft den Vorwurf gemacht, daß wir auf Grund niedriger Arbeitslöhne den anderen Ländern empfindliche Konkurrenz auf dem Weltmarkt machten. Inwieweit die Lohnfrage und die Frage der Schutzölle durch die Vereinbarungen von Locarno beeinflusst werden, das läßt sich wie gesagt vorerst nicht klar übersehen. Jedenfalls ist es eine Tatsache, daß der Ausgang der Konferenz von Locarno von den Regierungen der Reichsländer mit Zustimmung und ausdrücklichem Dank an die Vertreter Deutschlands begrüßt wurde.

Demnach müssen diese Stellen doch fest davon überzeugt sein, daß die Verträge von Locarno dem deutschen Volke Gutes bringen werden. Nun, hoffentlich erfüllt sich alles Wünschen, was an den Abschluß dieser Verhandlungen geknüpft wird. Der Arbeiterschaft kann nur recht sein.

Wie verlautet, haben fast alle Parteien bis auf die Deutschnationalen, die Deutsche Wirtschaftspartei und die Kommunisten bereits Erklärungen abgegeben dehingehend, daß sie dem Vertrag von Locarno im Reichstag ihre Zustimmung geben werden. Soweit man die Schaukelpolitik der Deutschnationalen bisher kennen gelernt hat, wird damit gerechnet, daß auch diese Partei schließlich Ja dazu sagt.

Die russischen Gewerkschaften.

Es wird immer so hingestellt, als wenn die deutsche Gewerkschaftspresse aus Prinzip oder aus reiner Bosheit ständig bemüht sei, kein gutes Haar an den Berichten der Rußland-Delegationen zu lassen. Eine schlimmere Unterstellung gibt es nicht. Wahrscheinlich, es könnte uns nur angenehm sein, wenn über die Lage des russischen Proletariats recht Günstiges zu berichten wäre. Prüft man aber näher, wie die Verhältnisse in Wirklichkeit liegen, dann stellt sich leider fast immer heraus, daß sie keineswegs rosig sind und noch viel weniger geeignet erscheinen, uns als Muster vorgehalten zu werden.

Wie es z. B. um die russischen Gewerkschaften bestellt ist, darüber hat der russische Zentralrat der Sowjetgewerkschaften in einem Rundschreiben vom 18. Juli d. J. selbst einiges Licht verbreitet. Der Sekretär Andrejew sagt darin unter anderem: Die größte Gefahr, die drohe, sei die Möglichkeit einer vollständigen Trennung der Arbeiter von den Gewerkschaften. Die Arbeiter würden immer gleichgültiger gegenüber der Gewerkschaftsorganisation. Als Ursache wird zunächst der bürokratische Geist der Funktionäre genannt. Diese beschränken sich darauf, Schriftstücke zu sortieren, Rundschreiben zu erlassen, ohne sich um die Wünsche und Äußerungen der Arbeiter zu kümmern. Das sei besonders in enger Fühlung mit den Massen stehen sollten.

Am schädlichsten sei jedoch die Korruption, die in den Organisationen herrsche, die Geldunterstellungen in solchem riesigen Umfang erreicht haben. Nach einer Rede, die Tomsk auf einem Gewerkschaftskongress hielt, wurden ganz ungeheure Summen veruntreut. In Leningrad und Moskau sollen je 90 000 bis 100 000 Goldrubel in Betracht kommen. Neben diesen Unterstellungen herrscht aber noch ein korruptes Vorgehen. Alles habe Geld aus der Gewerkschaftskasse gebragt und Vorschüsse genommen, einer beim anderen. Man könne mit Bestimmtheit sagen, daß diese niemals zurückgezahlt würden. Diese Darlehensbeträge wurden auf mehr als drei Millionen Rubel beziffert.

Diese Zustände wurden von den Gewerkschaftsbehörden längere Zeit verheimlicht, dadurch haben sie erstlich ungeheuren Umfang angenommen. Man wollte sich nach außen keine solche Blöße geben und sieht jetzt ein, wie falsch das war, nachdem die Geschichte solchen Umfang angenommen hatte. Ein anderer Kongreßteilnehmer, Koroljew, hat über die Unterstellungen in Leningrad folgende Angaben gemacht: In der ersten Hälfte des Jahres 1924 wurden 42 Unterstellungen begangen mit einem Gesamtbetrag von 19600 Rubel, in der zweiten Hälfte 1924 128 Unterstellungen im Gesamtbetrag von 74000 Rubel. Im ersten Vierteljahr 1925 58 Unterstellungen mit einer Gesamtsomme von etwa 23500 Rubel. Dazu wurde noch bemerkt, daß es sich dabei um Beträge handelt, die festgestellt werden konnten, aber bekanntlich würde von drei Beträgern immer nur einer gefast, der sich verdrückt. Man kann daraus ersehen, daß die Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung auch ihr Schlimmes hat. Die diktatorisch-kommunistische Herrschaft führt zu innerlichen Krankheiten und Blähungen, die anscheinend sehr zerkend wirken.

Der Zentralrat sieht den Hauptgrund, warum die Arbeiter aus den Versammlungen fernbleiben und sich nicht an den Wahlen beteiligen in der Tatsache, daß die Wahlkandidaten von den „Führern“ aufgestellt werden. In den Generalsammlungen aber darf nicht einmal dazu gesprochen werden, dort heißt es Order parieren. Wer dort kritisiert, dem folgt man gehörig auf's Dack, er muß auch darauf gefast sein, daß der Arbeitsplatz zu verlieren. Die Berichte, soweit solche überhaupt gegeben werden, übergeht man in-

folgedessen lieber mit Schweigen. Bei uns in Deutschland treten die Kommunisten freilich ganz anders auf, hier ist es ja auch ungefährlich. Auch die Verhandlungsgegenstände in den Gewerkschaftsversammlungen tragen dazu bei, daß der Verhandlungsbericht immer schlechter wird. Es sind meist politische Themen, Weltpolitik usw., die behandelt werden, außerdem finden fast ständig Sammlungen für alle möglichen Sachen statt, wozu die Besucher freiwillige Beiträge leisten sollen. Alles das zusammen hat zur Folge, daß kaum noch 15 Proz. die Versammlungen besuchen und mehr als 50 Proz. bezahlen keine Beiträge.

Der Zentralrat schlägt nun eine gründliche Reform und Aufhebung der genannten Mißstände vor, ja man will sogar eine aggressive Lohnpolitik betreiben und eine bessere Bezahlung der Arbeiter anstreben.

Ueber die russischen Verhältnisse und besonders die in den Gewerkschaften sind ja schon die widerspruchsvollsten Nachrichten verbreitet worden. Aber selbst der ziemlich rosig ausgefallene Bericht der englischen Delegation hat doch festgestellt, daß die russischen Gewerkschaften unter scharfer Kontrolle des Staates stehen, der auch zeitweilig aus Staatsmitteln Beiträge leistet hat. Wenn die russischen Gewerkschaften derart abhängig vom Staate sind, wie oben geschildert, dann sind es doch im Grunde genommen willenlose Objekte der Staatspolitik, die keine eigene Meinung und keinen eigenen Willen haben dürfen.

Es ist ja auch interessant, daß nach dem Bericht der englischen Delegation das Streikrecht nur formell in Rußland besteht. Natürlich wäre das Streikrecht ein Konsum, wenn die Arbeiterklasse tatsächlich die herrschende Klasse in Rußland wäre, wie es immer dargestellt wird. Das scheint aber denn doch mehr als fraglich, denn nach dem Bericht gab es sehr viele Tarifstreiks. 1923 waren danach 1 500 000 Arbeiter in solche verwickelt. Von diesen wurden 70 Prozent durch Vergleich erledigt, 15 Prozent wurden gegen die Arbeiter entschieden und in 15 Prozent der Fälle erbielten sie recht. Streiks haben aber trotz aller Aussicht dennoch stattgefunden, und zwar aus dem Grunde, weil man den bürgerlichen Arbeitslohn nicht pünktlich auszahlte. Im großen ganzen jedoch wird den russischen Gewerkschaften bescheinigt, daß sie sehr gemäßig sind, denn selbst gegen private Unternehmungen wird der Streik nur selten angewandt.

Im Lichte dieser Berichte gewinnt man doch den Eindruck, als wenn der russische Arbeiter weniger frei ist als selbst der deutsche Arbeiter. Wie gering im allgemeinen das Einkommen des russischen Arbeiters ist, haben wir auch dargelegt, somit muß er eben entbehren, weil der russische Staat genau so ungenügend ist, das kapitalistische System durch ein besseres zu ersetzen, wie die anderen Staaten auch.

Alkoholgewinnung aus Brot-abdampf.

Der Alkohol ist in unserer modernen Gesellschaft ein ganz unentbehrliches Produkt. Ganz abgesehen von der gewaltigen Menge, die ständig als Branntwein getrunken wird, auch in der Industrie, vor allem auch zu medizinischen und konservierenden Zwecken, ist der Spiritus unentbehrlich. Zur Herstellung von Alkohol sind schon alle nur denkbaren Stoffe herangezogen worden, sogar aus Holz beilliert man den als Methyalkohol benutzten sehr giftigen Stoff.

Nun ist es anscheinend dem Italiener Androsiani gelungen, einen Apparat zu bauen, mit dem man die bisher beim Brotbacken ungenutzt entweichenden Alkoholämpfe in guten Spiritus verwandeln kann. Derartige Versuche sind schon des öfteren gemacht worden, haben sich aber bisher immer als unrentabel erwiesen. Androsiani glaubt nun, daß sein Verfahren lohnend sein wird. Es ist ihm gelungen, die große Berliner Konsumbäckerei für seine Pläne zu interessieren, diese hat den Apparat eingebaut und Versuche damit angestellt.

Der Leiter der Berliner Konsumgenossenschaft, Genosse A. Mirus, hat in Nr. 42 der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau darüber sachlich eine folgendes berichtet: „In unseren Bäckereien werden die beiden ausziehbaren Platten mit je 58, also 112 Broten belegt, dazu werden 130 Kilo Wehl verwendet. Aus diesem Wehl wurde bisher etwa ein Liter Alkohol gewonnen, über 60 Prozent je man aber noch nicht hinausgelangt. Es müßte abgewartet werden, ob die weiteren Versuche bessere Ergebnisse haben. Es sei aber dabei festgestellt worden, daß sich der Backprozent verlangsam. Theoretisch sei errechnet, daß bei ständiger Alkoholgewinnung zwei Dusen täglich 224 Brote weniger backen als unter gewöhnlichen Verhältnissen, wo die Brotdämpfe ungenutzt entweichen könnten. Auch hier muß abgewartet werden, ob weitere Versuche lohnende Ergebnisse haben. Mirus sieht die theoretischen Berechnungen, die sofort in der Tagespresse angeführt wurden, als über den Apparat des Italiencers berichtet wurde, sehr skeptisch an. Er hält es für ausgeschlossen, daß die

8 000 000 Tonnen Getreide, die pro Jahr verbraucht werden, zur Alkoholgewinnung nutzbar gemacht werden können. In Kleinbäckerien dürfte das von vornherein ausgeschlossen sein. Und wenn die Verlangsamung des Backprozesses nicht behoben werden kann, dann sei es auch für Großbäckerien nicht möglich, sich mit der Alkoholgewinnung abzugeben.

Der größte Erfolg, den dieser Apparat bisher gebracht hat, liegt darin, daß die Konsumbäckeri sehr viel hohen Besuch erhalten hat und recht bekannt geworden ist.

Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes.

Bei der Firma Benz & Comp. in Mannheim wurde Kollege Binninger am 14. August fristlos entlassen, angeblich wegen Urlaubsüberschreitung. B. war im Juli mit Genehmigung der Firma drei Tage abwesend, und die Firma wollte die Zeit auf den tariflichen Urlaub anrechnen, vergaß indes die Bezahlung dieser drei Tage. B. trat am 3. August seinen Urlaub an (10 Tage), und am letzten Urlaubstage wurde er fristlos entlassen, trotzdem die Firma schon vorher auf den Irrtum aufmerksam gemacht worden war.

B. klagte nun beim Gewerbegericht, gestützt auf § 96 des ArbG. auf Weiterzahlung des Lohnes. Das Gewerbegericht verurteilte die Firma antragsgemäß zur Weiterzahlung des Lohnes. Daraufhin wurde B. von der Firma freundlichst aufgefordert, wieder im Betrieb zu erscheinen, nachdem er genau zwei Monate ferngehalten wurde. Und das ist geschehen, trotzdem die Firma einen Syndikus, Herrn Dr. Heim, befristet.

Korrespondenzen.

Leipzig. Am 14. Oktober fand hier eine Versammlung statt, in welcher Kollege Osten-Berlin Bericht erstattete über den Breslauer Gewerkschaftskongress. Wenn die Beschlüsse des Kongresses nicht nach allen Seiten hin restlos befriedigt haben, so hat das nicht zuletzt seinen Grund in der großen Laubheit vieler Volksgenossen. Daraus ergibt sich die Lehre, daß ein Staatswesen nicht durch den guten Willen einer Minderheit umgeformt werden kann. Es komme darauf an, daß wir in praktischer Kleinarbeit den Zusammenhalt gewerkschaftlich und genossenschaftlich fördern. Dagegen und Dpzig kritisierten die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses, benannten auch die Delegiertenwohl. Vom parlamentarischen System sei nichts zu erwarten. Vom Gewerkschaftsbund wird die baldige Schaffung von Industrieverbänden gefordert. Auch wurde dem Gewerkschaftsbund Mangel an Aktivität betreffs Achtstundentag und in wirtschaftlichen Fragen vorgeworfen. Es wurde Anschluß an die III. Internationale gefordert, auch daß ein Rußland-Delegierter sprechen soll. Beide Anträge wurden gegen wenige Stimmen abgelehnt. Alle anderen Redner sprachen im Sinne des Referenten. Die Maßnahmen des Bundesvorstandes wurden gutgeheißen. Im Schlußwort betonte Osten, daß eine Gefühls- und Gewerkschaftslebens- und eine Besserung der materiellen Verhältnisse nur erreicht werden kann, wenn das Vertrauen wieder bei uns einkehrt. Dann wirbs auch wieder vorwärts gehen. Die sonstigen Punkte der Tagesordnung mußten verlagert werden.

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme an anderen Orten sich bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Chemnitz. Der Lohnkampf ist beendet. Lohnzulage erlangt.

Oberhausen-Styrum. Die beiden Firmen Hemmers und Brinzel haben den Achtstundentag nach kurzem Ausstand anerkannt.

Rundschau.

Otto Gaier f. Der Verband der Fleischer hat durch den am 21. Oktober erfolgten Tod des Redakteurs Otto Gaier einen herben Verlust erlitten. Der Verstorbenen stand erst im 40. Lebensjahre.

Für die Akademie der Arbeit. Die „Gewerkschaftszeitung“ veröffentlichte folgenden mit zahlreichen Unterschriften aus allen Bevölkerungsschichten versehenen Aufruf des Vorstandes des Vereins der Freunde und Förderer der Akademie der Arbeit: „Der Universitäts-Frankfurt a. M. ist seit dem Jahre 1921 eine Akademie der Arbeit angegliedert, deren Aufgabe darin besteht, ihre Besucher zur verantwortungsvollen Mitarbeit in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Selbstverwaltung heranzubilden. Die Akademie beruht auf einem Vertrag des preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mit den Spitzenverbänden der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen, die geeignete Mitglieder zu den jeweiligen Jahrestufen entsenden. Neben den von ihren Verbänden entsandten Hörern befindet sich auf der Akademie der Arbeit eine Anzahl von Besuchern, die aus eigener Initiative auf die Akademie kommen und somit keinerlei Verbandsunterstützung beziehen. Diese Hörer sind also ausschließlich auf die eigenen Mittel angewiesen, wodurch sich schlimme Notstände herausgebildet haben. Es darf als vielfach befristete Erfahrung gelten, daß es sich bei diesen Hörern in der Regel um wertvolle Begabungen handelt. Um diesen nichtdelegierten Hörern der Akademie zu helfen, ist am 11. Mai d. J. ein „Verein der Freunde und Förderer der Akademie der Arbeit“ gegründet worden, der bereits Mitglieder aus allen Schichten der Bevölkerung, Einzelpersonen und korporative Verbände, umfaßt. Der Verein hat in erster Linie den Zweck, durch Errichtung eines Hörerhilfsfonds bedürftigen und anderweitig nicht ausreichend unterstützten Hörern die zur Weiterführung ihres Studiums notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus soll er die Ziele und Bestrebungen der Akademie der Arbeit nach jeder Richtung unterstützen, besonders auch den Zusammenhang zwischen Dozentenkollegium, Freunden und ehemaligen Hörern der Akademie festigen. Die Höhe des Mitgliederbeitrages setzt jedes Mitglied selbst fest; der Beitrag beträgt mindestens 10 Mk. jährlich. Anmeldungen sind zu richten an die Kanzlei der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M., Martensstraße 17, Zimmer 68.“

Das „Pflegeamt für die wissenschaftliche Weiterbildung der Schwerhörigen“ veranstaltet im kommenden Winterhalbjahr seine neuen Vortragsreihen in der Taubstummen- und Blindenanstalt in Berlin, Friedrichstr. 27, wie folgt: 1. Vortrag des Herrn Dr. Fobbe über: Die religiöse und philosophische Entwicklung der Gottesvorstellung in der Menschheit. Montag, 2., 9., 16., 23. und 30. November und 7. Dezember. — 2. Vortrag des Herrn Dr. Schorsch über: Londoner Erinnerungen, mit besonderer Berücksichtigung des englischen Schwerhörigen- und Taubstummenwesens. Montag, 14. Dezember. — 3. Vortrag des Herrn Dr. H. Müller: Deutsche Dichterverbände (Nibelungen — Parival — Westing — Herber — E. L. Hoffmann). Montag, 11., 18. und 25. Januar und 1. und 8. Februar 1926. 4. Vortrag des Herrn Dr. Lewin über: Ausgewählte Kapitel aus der Biologie. Montag, 15. und 22. Februar und 1., 8. und 15. März 1926. — 5. Lichtbilderabend: Herr Dr. Schorsch: Thema vorbehalten. Montag, 22. März 1926. — Die Vorträge beginnen 7 Uhr abends. — Vorher von 6,45 bis 7 Uhr Vbshübungen mit Anwendung des Mund-Hand-Systems.

Ein kleiner Beklärungsfehler. Der Leipziger Tiersehverein schreibt uns: An den Kopfstücken für Lastpferde werden bisweilen kleine, an Riemen hängende Metallscheiben angebracht, die als Schmuck dienen sollen. Es wird oft nicht beachtet, daß diese Scheiben gegen die Augen der Tiere schlagen. Dadurch werden die Tiere belästigt. Für die Dauer ist auch eine Beschädigung der Augen nicht ausgeschlossen. Man entferne deshalb lieber die Scheiben.

Bücherschau.

50 Jahre Neue-Welt-Kalender. Mit dem neuen Jahrgang 1926, der soeben erscheint, hält der Neue-Welt-Kalender, Verlag Auer u. Co., Hamburg, mit der beliebten Kunstbeilage, zum 50. Male Einzug in das deutsche Arbeiterhaus. Das ist ein beachtenswertes Jubiläum, das uns zur Rückschau auf vergangene Zeiten anregt, deren Geschehen dieser Kalender getreulich registrierte. Wenn wir einmal alten Jahrgänge unseres Freundes hervorholen und in seiner vergilbten Blättern von bitterer Not und trostlosem Kampf der jungen Arbeiterbewegung lesen, müssen wir bekennen, daß seine Blätter eine unfaßliche Zeitgeschichte in gedrängtester Form bedeuten, die uns gerade deshalb so wert ist, weil sie mit den Augen des miterlebenden sozialistischen Zeitgenossen gesehen wurde. Eine solche Zeitchronik ist auch der neue Band, den ein interessanter Rückblick auf die vergangenen 50 Jahre einleitet. Der übrige Inhalt steht auf der gewohnten Höhe. Der Kalender kostet 50 Pf. und ist durch alle Volksbuchhandlungen oder direkt vom Verlag Auer u. Co., Hamburg 36, zu beziehen.

Im Verlag der Vorwärtsdruckerei erschien der Adresskalender für 1926, zum Preise von 2 Mk. in der bekannten reichen Bildausstattung in Kupferstichdruck.

Außerdem „Kinderland“ zum Preise von 1,25 Mk. Ein Buch für die Jugend mit hübschen Reproduktionen guter Bilder, hübschen Märchen, Erzählungen und sonstigen geistigen Anregungen ausgestattet.

Das Heft Nr. 10 „Die Gesellschaft“ erschien im gleichen Verlag (Vierteljahrsabonnement 4,50 Mk.).

Im Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin, Niederstr. 6, erschien Heft 9 „Die Arbeit“. Es bringt wieder reichen Stoff aus der Wirtschaftskunde und Gewerkschaftsbewegung. Für Gewerkschafter ein unentbehrliches Fortbildungsmittel.

Ferner Dr. Paul Herz und Erich Rinner: „Die Lohnsteuer“, ein Führer durch das neue Lohnsteuerrecht. Preis 1,25 Mk. Mit vielen Anleitungen, die den Arbeitern den Weg zeigen, ihre Rechtsansprüche geltend zu machen.

Das Protokoll von der 3. Jugendkonferenz erschien ebenfalls und kann zum Preise von 1,10 Mk. bezogen werden.

Im Verlag von J. H. W. Diez erschien ferner: „Der Terror gegen die sozialistischen Parteien in Rußland und Georgien.“ Preis 2,50 Mk. Der Inhalt dieses Buches schildert die Art und Weise, wie die Sozialisten von den Bolschewisten in Rußland verfolgt und behandelt werden. Eine Kampfmethode, die kein Kulturmenschen gutheißen kann.

Karl Bröger erfreut uns mit einer lustigen Lehrbuchgeschichte „Jakob auf der Himmelsleiter“ und vielen anderen lustigen Geschichten.

Berichtigung.

Zu den Fachbücherpreisen, die in Nr. 43 bekanntgemacht wurden, ist richtig zu stellen, daß das technisch-praktische Postern von Engelhardt nicht 6 Mark, sondern 8 Mark kostet.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 26. Oktober bis 1. November ist der 44. Wochenbeitrag fällig.

Ohne Saal keine Ernte! Pünktliche Beitragszahlung ist die Voraussetzung einer erfolgreichen Lohnpolitik! Pünktliche Beitragszahlung stärkt unsere Kampfkraft!

Die Ortsverwaltungen werden daran erinnert, daß die Berichtskarte über die Arbeitslosigkeit am Ort auszufüllen und bis spätestens zum 8. November an die Hauptverwaltung einzusenden ist. Der Stichtag ist Sonntagabend, der 31. Oktober. Auch die Orte, an denen Arbeitslose nicht vorhanden sind, müssen berichten.

Berlin. Am 16. Juni d. J. konnte der Kollege Joseph Klein, Sattler, auf eine 25jährige Mitgliedschaft und der Kollege Robert Pfeiffer, Sattler, am 7. Oktober auf eine solche von 30 Jahren zurückblicken.

Gotha. Alle Mitglieder, welche nach Gotha reisen, wollen sich nicht mehr in der Wohnung des Kassierers, sondern im Volkshaus melden.

Die Kollegen Albert Plitt, geb. 11. Mai 03 in Bredentopf, eingetretet 15. April 25 Frankfurt a. M., und Ernst Meyer, geb. 7. April 03 in Steinweiler, eingetretet 25. Mai 25 Frankfurt a. M., werden dringend ersucht, ihren Verpflichtungen gegenüber der Ortsverwaltung Halle a. d. S. nachzukommen.

Wer die Adressen der Genannten kennt, wird um Mitteilung gebeten an Br. Landmann, Halle a. d. S.

Versammlungskalender.

Güstrow i. Mecklg. Am Freitag, den 6. November, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zur Klause“. Erscheinen aller Kollegen ist Ehrenpflicht.

Köln a. Rh. Freitag, den 30. Oktober, abends 7 Uhr, alle Branchen im Volkshaus, Saal 1.

Sterbefaßel.

Hamburg. Im Alter von 58 Jahren starb unser langjähriges Mitglied, der Tapezierer Eduard Görke. Erhe seinem Andenken!